

Zur Lage der Nation

Hochverehrtes Publikum,
liebe Freunde des politischen Realismus!

Am 12. Juni 1815 wurde in Jena die Urburschenschaft gegründet. Die handelnden Personen waren Studenten, die in den Befreiungskriegen gegen Napoleon gekämpft hatten, den Herrscher über Westeuropa. Dies war die erste politische Manifestation zur Bildung des modernen deutschen Nationalstaats, der auch ein demokratischer sein sollte.

Napoleon saß 20 Jahre im Feldherrnsattel, hatte fast gegen jeden europäischen Staat Krieg geführt und fast immer gewonnen. Der Habsburger Franz II. legte die Kaiserkrone 1806 nieder in Erkenntnis des zerfallenden Reichskörpers und dokumentierte damit den Untergang des „Alten Reiches“, wie man das Römische Reich Deutscher Nationen seither nannte. Dieses hatte bis dahin genau 1000 Jahre bestanden und war die große mitteleuropäische Ordnungsmacht, welche die eigenständige Entwicklung des Kontinents gesichert hatte. Allein die Auseinandersetzung mit dem Osmanischen Reich zog sich über 500 Jahre hin. In deren Verlauf war Griechenland über 300 Jahre türkische Provinz und Ende des 17. Jahrhunderts das abendländische Machtzentrum Wien kurz vor dem Fall.



Mit und nach dem ersten 30-jährigen Krieg von 1618 bis 1648 verfiel diese Zentralmacht in Agonie. Einem Napoleon mit seiner begeisterten Revolutionsarmee hatten die in Rivalität zueinander stehenden Regionalmächte nichts entgegen zu setzen. 1804 hatte er sich selbst in Notre Dame die Kaiserkrone aufgesetzt (zum ersten Mal in Europa ein zweiter Kaiser) und machte sich 1805 zum König von Italien und seinen Stiefsohn zum Vizekönig. Zur gleichen Zeit versuchte er, England mit einer Kontinentalsperre in die Knie zu zwingen, besiegte die Preußen bei Jena und Auerstädt und zog in Berlin ein. Er auferlegte den Preußen große Reparationszahlungen und Heeresbeschränkungen, ein Vorgang, der in Versailles gut 100 Jahre später seine Fortsetzung fand. Er schnitt ein Königreich Westfalen aus mehreren Territorien und setzte seinen Bruder Jerome als König in Kassel ein, einen anderen Bruder zum König von Neapel und einen dritten zum König von Holland.

Die unbedingte Hegemonie über Westeuropa genügte ihm jedoch nicht. Er wollte auch das Zarenreich, mit dem er noch in Tilsit 1807 die Machtteilung vereinbart hatte, unter seine Oberhoheit zwingen. Mit seinen 600.000 Soldaten, viele davon in Westfalen ausgehoben und Hilfstruppen aus den Rheinbundstaaten Süddeutschlands, versank er nach dem Einzug in das von den Russen zuvor niedergebrannte Moskau im russischen Winter. Preußen reckte sich, verbündete sich mit Russland und Friedrich Wilhelm III. schrieb an sein Volk und bat um Opfer und freiwillige Soldaten. Und genau dies waren dann die Lützowsche Freischar und viele andere, die im Verbund mit Österreich, Russland, England und Schweden Napoleon im Oktober 1813 bei Leipzig besiegten. Die Badener und Bayern kämpften zunächst noch auf französischer Seite, drehten sich jedoch während der Schlacht um und wurden Teil der sich dann bildenden Nationalbewegung, von der zu Beginn die Rede war.



Der Kampf dieser Studenten richtete sich nunmehr gegen die Fürstenherrschaft allgemein und zielte auf die Erlangung demokratischer Freiheitsrechte, die in Verfassungen garantiert werden sollten. Solche Verfassungen hatten viele Fürsten ihren Untertan versprochen und damit die Kampf- und Opferbereitschaft der Menschen gestärkt. Zudem forderten die Studenten einen deutschen Nationalstaat, gewissermaßen ein „deutsches Haus“. Zum Symbol für ihre Bewegung wählten sie die Fahne Schwarz-Rot-Gold. Über diese „verspätete“ Nationalstaatsbildung, etwa im Vergleich zu Frankreich und England, und ihre angeblichen Folgen wurden schon viele Seiten beschrieben. Dabei erscheint es geradezu naheliegend, dass zu einem Zeitpunkt, in welchem die Legitimität von göttlich gesetzten Fürsten in Frage gestellt wird, sich der Gedanke der Volkssouveränität mit der Frage vereint, wer denn das Volk sei, mit dem man einen Staat bauen möchte. Dass dabei dann die Sprach- und Kulturgemeinschaft ins Blickfeld rückt, die vielfach auch eine Abstammungsgemeinschaft ist, liegt auf der Hand.

Diese Studentenschaft als Speerspitze einer solchen Bewegung agierte auf einem anderen politischen Niveau als die, welche wir aus den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts kennen. 1832 zog man in Anlehnung an eine erneute französische Revolution auf das Hambacher Schloss in der Pfalz und stellte die gleichen Forderungen, da die meisten deutschen Fürsten ihre Versprechen nicht eingehalten hatten. Europa war nach dem Wiener Kongress 1815 in der „Reaktion“ erstarrt. In Frankreich hatten sofort nach Napoleons Niederlage die Bourbonen wieder den Thron bestiegen. Und Heinrich Heine reimte über die Kleinstaaterei und die Fürstenherrschaft in Deutschland: „Denk ich an Deutschland bei der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ (*Wie aktuell!*)

Im Paulskirchen-Parlament in Frankfurt, das 1848 aus einer durch Revolution erzwungenen Volkswahl zustande gekommen war, bestand eine Mehrheit der Abgeordneten aus Mitgliedern der burschenschaftlichen Bewegung. Sie waren inzwischen Intellektuelle und Professoren geworden. Es wurde in monatelangen Beratungen eine Verfassung entworfen für einen gesamtdeutschen Staat mit einem Katalog an Freiheitsrechten. Dazu gehörte auch das **gleiche Wahlrecht** für jeden Bürger, das es damals weder in Frankreich noch in Großbritannien gab, noch heute bei der Wahl zum EU-„Parlament“. Umgesetzt wurde es erst mit der Reichsgründung 1871 für die Reichstagswahlen. (In GB blieb es bis ins 20. Jahrhundert für die Unterhauswahlen bei Vermögenskriterien, an die das Wahlrecht geknüpft war, welche etwa 40 % der männlichen Erwachsenen vom Wahlrecht ausschlossen.)

In den USA, um einen zivilisatorischen Seitenblick dorthin zu werfen, wurde in dieser Zeit ein Vernichtungskrieg gegen die Stammbevölkerung geführt. Die Einwanderer aus Europa lösten das Problem der territorialen Hoheit durch einen z. T. auf formalen Gesetzen beruhenden planmäßigen Genozid (Völkermord) an den Menschen, die man hier antraf und Indianer genannt hatte. Die Überlebenden galten dann als Menschen, die sich auf fremdem Hoheitsgebiet befanden und waren keine Bürger der USA, nahmen also an den in der amerikanischen Verfassung von 1789 bzw. deren in den ersten zehn Zusatzartikeln beschriebenen Menschenrechten nicht teil. (Bill of Rights)

(Dies galt natürlich auch für die ca. 4 Millionen Sklaven, die um diese Zeit in den USA lebten – überwiegend in den Südoststaaten. Bezogen auf diese gab es nach dem Vorbild vieler einzelstaatlicher Regelungen ab 1861 in einer „Verfassung der konföderierten Staaten von Amerika“ das garantierte Recht der weißen Staatsbürger auf Sklavenhaltung, also eine Art negative Menschenrechte für die Sklaven, deren Status sich von Generation zu Generation vererbte.)

Die 48er-Revolution scheiterte. Während Frankreich zum zweiten Mal Republik wurde, wenngleich mit einem Neffen Napoleons als Präsidenten, wurde die Inkraftsetzung der Reichsverfassung, welche die Nationalversammlung in Frankfurt verabschiedet hatte, durch militärische Gewalt vereitelt. Es blieb bei einem deutschen Bund unter Einschluss Österreichs als losem Zusammenschluss aller deutschen Landesherrschaften. Der Konflikt zwischen Preußen und Österreich um die Vormachtstellung in Deutschland wurde 1866 in Königgrätz militärisch entschieden. Die Preußen gewannen unter Moltke dem Älteren, der Deutsche Bund wurde aufgelöst und Österreich ging seiner Wege als Vielvölkerstaat.

Und dann die Ironie der Geschichte, die auf wundersame Weise den deutschen Nationalstaat zustande brachte zu einem Zeitpunkt und auf eine Weise, die gewiss keiner vorhergesehen hatte. Der erwähnte Louis Napoleon, der 1848 Präsident in Frankreich geworden war, hatte sich nach einem Putsch 1852 durch Volksabstimmung zum Kaiser bestellen lassen. Er führte eine plebiszitäre Diktatur. Nach Kriegen in Mexiko, mit England gegen Russland (Krimkrieg) und anderwärts strebte er eine erneute Hegemonie in Westeuropa an.

Ähnlich wie die Griechen nach ihrem Befreiungskampf gegen die Türkei den bayerischen Wittelsbacher Otto 1832 als König nach Griechenland geholt hatten, wollten die Spanier nach Vertreibung der Königin Isabella den Hohenzollernprinzen Leopold zum spanischen König berufen. Diesen machtpolitisch eher unbedeutenden Vorgang nahm Louis zum Anlass, gegenüber Preußen und seinem Hohenzollernkönig Vorwürfe zu erheben wegen einer Einkreisung Frankreichs. Obwohl Leopold der Sigmaringer Linie entstammte und nur entfernt mit Wilhelm verwandt war, wirkte dieser auf Leopold ein, seine Bereitschaft zurück zu ziehen. Trotz dieser vermeintlichen Bereinigung der Lage verlangte Louis von Wilhelm eine zusätzliche Erklärung für das Haus Hohenzollern, für alle Zukunft auf solche Bewerbungen zu verzichten. Die Zurückweisung dieses Anliegens durch Wilhelm nahm Napoleon zum Anlass, am 19. Juli 1870 Preußen den Krieg zu erklären.

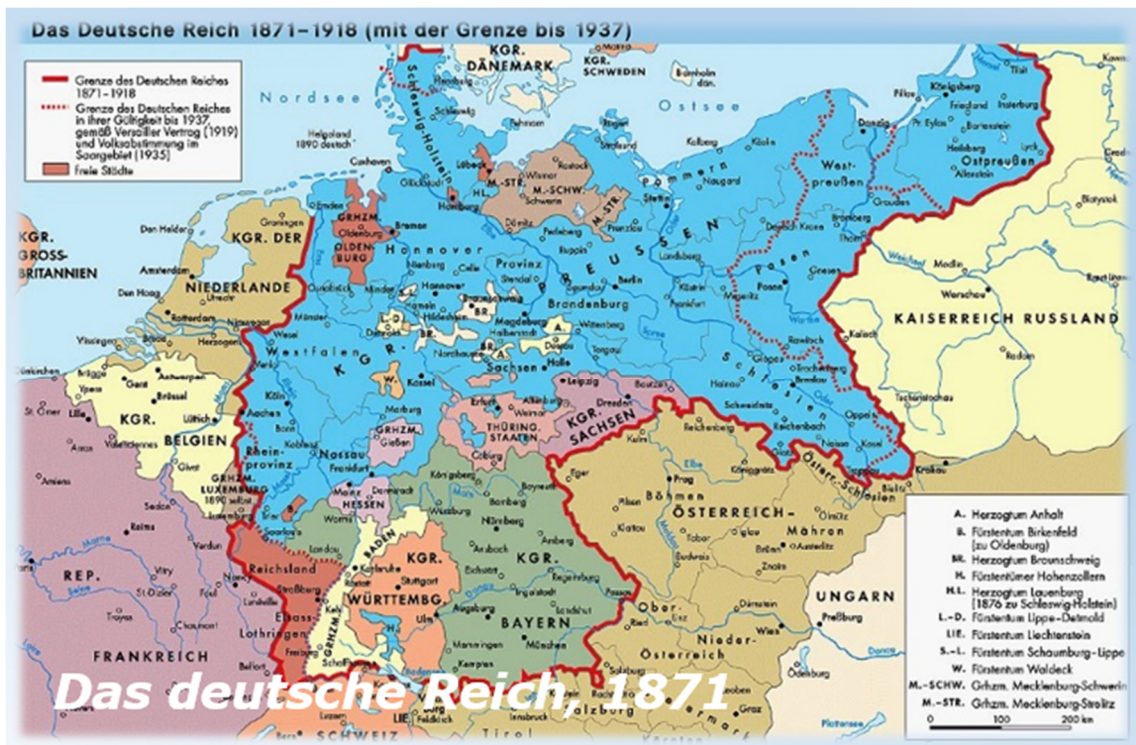
An dieser Stelle ging nun die lange Jahrzehnte gesäte Saat der breiten deutschen Nationalstaatsbewegung auf. Die süddeutschen Länder des früheren Rheinbundes, vorab das Königtum Bayern, stellten sich sofort an die Seite Preußens, um gemeinsam der Herausforderung zu begegnen. Die Schlachten bei Weißenburg, Metz und Sedan waren - erneut unter Moltkes Führung - schnell geschlagen. Trotz großer Befestigungsanlagen auf französischer Seite kapitulierten große Teile der französischen Armee schon am 2. September,

Louis Napoleon dankte ab und erbat sofortiges Asyl, das ihm im Wilhelmshöher Schloss in Kassel gewährt wurde, wo sein Onkel Jérôme für sechs Jahre einst König gewesen war. Diese Manifestation des Zusammengehörigkeitsgefühls der Menschen einer Nation veranlasste alle deutschen Territorialherrschaften in großer Eile eine Verfassung zusammen zu schreiben und bereits im Januar 1871 bei Paris im Spiegelsaal in Versailles die Reichsgründung auszurufen. Der unvorhergesehene Außendruck, der auf eine breite Stimmung eines Volkes traf, das emotional bereits als Nation agierte, hatte den Staat herbeigezwungen, ohne dass die Könige und Fürsten diesen Prozess hätten aufhalten können. Natürlich spielten der Genius und das politische Genie Bismarcks eine Rolle, was ihm die jahrzehntelange Verehrung in allen Schichten der Bevölkerung einbrachte, wovon die vielen Bismarcktürme und -denkmäler noch heute Zeugnis ablegen.

Das einheitliche Staatsdach des Deutschen Reiches, das nunmehr 1871 als Bundesstaat von fürstlichen Territorialherrschaften und wenigen großen Städten geschaffen worden war, entwickelte sich außerordentlich erfolgreich. Die industrielle Revolution blühte im großen Wirtschaftsgebiet auf. Bergbau- und Metallindustrie entwickelten Standards, die weltweit Beachtung fanden. Die Chemie- und Elektroindustrie brachte Unternehmen hervor, die auf dem Weltmarkt große Erfolge erzielten (AEG, Siemens, BASF). Die neu eingeführte goldgedeckte Währung war ein Anker der Stabilität. Sie wurde zur legendären „Goldmark“. Es gab kaum Inflation und der Wohlstand auch breiter Bevölkerungsschichten stieg kontinuierlich an. Die landwirtschaftliche Beschäftigung nahm relativ ab. Die gewerbliche Tätigkeit und die Dienstleistungen wurden strukturbestimmend. Vieles davon ist dem Bildungssystem zuzuschreiben, das wohl eines der besten der Welt gewesen ist. Die Bevölkerung nahm von 1870 bis 1913 von ca. 40 Millionen Menschen auf 67 Millionen zu. Und dies, obwohl zugleich viele Hunderttausende insbesondere in die USA auswanderten. Ein aus heutiger Sicht kaum fassbarer Vorgang, der auch in Europa ohne Vergleich war. Kurz vor dem Kriegsbeginn 1914 erreichte der deutsche Export den von Großbritannien, das mit seinen Kolonien und seiner Beherrschung der Meere („Britain rules the wave“) weit günstigere Voraussetzungen hatte. Die deutsche Wissenschaft, Wirtschaft und die Staatlichkeit mit der ersten relativ umfassenden Sozialversicherung weltweit wurde bewundert und beneidet. Kluge Analytiker der damaligen Zeit prognostizierten, dass dem 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert Englands, nunmehr das 20., als das Jahrhundert Deutschlands, bevorstehe. Damit wird deutlich, welches die eigentlichen Ursachen der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen sind. Diesen inzwischen üblichen Begriff für den Ersten Weltkrieg hat der amerikanische Diplomat und Historiker George Kennan geprägt.

Nach den Verwerfungen des 30-jährigen Kriegs im 20. Jahrhundert von 1914 bis 45, wie viele Historiker und Churchill diesen Zeitabschnitt nennen, wurde von den Siegermächten das kleinste Deutschland hergestellt, das es je gab. Gegenüber dem Kaiserreich wurde das Staatsgebiet durch Annexionen um 34 % also gut ein Drittel verkleinert. (In Versailles wurden von dem Staatsgebiet in der Größe von 540.858 qkm 70.500 = 13 % anderen Staaten zugeschlagen. Nach 1945 wurde, bezogen auf das Staatsgebiet der Weimarer Republik

mit der Größe von 470.358 qkm eine Fläche von 113.399 = 24 % des Staatsgebiets annektiert. In Summe wurde sonach das deutsche Staatsgebiet um 183.899 qkm verkleinert. Die verlorene Fläche ist somit größer als die britische Insel ohne Schottland. Das heißt, Deutschland war 1918 um mehr als 50 % größer als heute.) Dieses kleine Deutschland wurde zudem zweigeteilt mit 70 % der Fläche in einen westlichen und 30 % für einen östlichen Teil.



In dieses Gebiet wanderten 16,5 Millionen Deutsche aus Osteuropa ein, die meisten davon Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Nahezu alle waren „Deutsche“ i. S. des Art. 116 GG. Das heißt, sie hatten die deutsche Staatsangehörigkeit oder waren „deutscher Volkszugehörigkeit“, wie die Verfassung der Bundesrepublik formuliert. 7 Millionen kamen aus dem bisherigen deutschen Staatsgebiet, 3,2 Millionen aus Böhmen, Mähren und Danzig und über 600.000 aus Zentralpolen, zusammen 10,8 Millionen. Zwischen 2 und 3 Millionen starben auf der Flucht oder wurden umgebracht, mehrere Millionen Frauen und Mädchen vergewaltigt. Im weiteren Verlauf der Zeit nach dem Krieg flüchteten 3,3 Millionen Deutsche aus dem östlichen Teil, der sich „Deutsche Demokratische Republik“ nannte, in den westlichen Teil, die Bundesrepublik Deutschland.

Bezüglich der Nachkriegswirtschaftsgeschichte gibt es kaum noch Streit darüber, dass ein großer Teil der bis dahin niemals dagewesenen Wirtschaftsprosperität („Wirtschaftswunder“) von 1949 bis etwa 1970 (allein bis 1955 gab es ein jährliches reales Wachstum von knapp 10 %) auf dem Gewerbefleiß, dem Ausbildungsniveau und der kulturellen Identität dieser Landsleute beruhte. Hinweise oder gar Vergleiche der sich in diesen Monaten

dramatisch zuspitzenden Situation völlig chaotischer Immigration mit dem angedeuteten Geschehen der Nachkriegszeit entbehren daher jeder Grundlage. Dass sie angestellt werden von obersten Verantwortungsträgern der deutschen Politik, ist ein Ausdruck unvorstellbarer Ignoranz. Man weiß nichts über Kulturgeschichte, das Wesen des Wirtschaftsprozesses und die Grenzen staatlicher Handlungsmöglichkeiten. Man kennt nicht einmal den eigenen amtlichen Demographiebericht.

Gegen Ende der 1980er Jahre hat, wie wir alle wissen, die große Weltgeschichte für den Zeitraum eines Wimperschlages die Möglichkeit eröffnet, der Nation erneut ein gemeinschaftliches Staatsdach zu verschaffen, wenigstens auf diesem klein gewordenen Gebiet der beiden Teile, die nach dem Krieg entstanden waren. Dabei trat ein Phänomen auf, das wir in diesen Tagen erneut feststellen. Die Kluft zwischen den intellektuellen Eliten und dem Volk, das heißt der großen Menge der Bürger, die diesem Zirkel nicht angehören.

Das was sich als Intellektuellenschaft verstand und vielfach zelebrierte, war über die ganze Zeit des Bestehens der Bundesrepublik philosozialistisch. „Der Geist steht links“ war eine Selbsteinschätzung, die schon in frühen Jahren der Republik als Parole der Selbststilisierung ausgegeben wurde. Man war aber nicht nur intellektuell, gewissermaßen theoretisch links. Es wurde auch offen mit den kommunistischen Systemen sympathisiert und stets deren totalitärer Charakter verniedlicht. Der linke Geist beanspruchte die Deutungshoheit über den Lauf der Geschichte, die grundlegenden Normen des Zusammenlebens und am liebsten auch über die Organisation von Staat und Wirtschaft. Zumindest das Letzte ist nur mit großer Einschränkung gelungen. Dass dies so war, ist der Grund dafür, dass dieses kleine geschundene Land zu einer der drei größten Wirtschaftsnationen der Welt aufgestiegen ist und auch heute noch, nach der Emanzipation Chinas mit 1,3 Milliarden Einwohnern aus dem Wirtschaftssozialismus, die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt darstellt.

Bei der Wiedervereinigung kam es dann zum Offenbarungseid, weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Die intellektuelle Elite hatte sich festgelegt. Nach Jahren der Unausstehlichkeit außenpolitischer Kommentare in der „Zeit“, einem Kultmedium dieser Population, giftete Theo Sommer am 23. Juni 1989:

„Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt, kann alle anderen nur in Angst und Schrecken versetzen.“ (Vor wenigen Monaten wurde Sommer wegen exorbitanter Steuerhinterziehung wieder ins Gedächtnis der Öffentlichkeit gerufen.)

Der Bonner Staats- und Völkerrechtler Tomuschat kritisierte das BVerfG, das sich als Institution einigermaßen tapfer schlug, mit der Bemerkung: „Das Gericht habe mit der von ihm angewandten Methode verfassungskonformer Auslegung die Flucht vor Geschichte und Wirklichkeit angetreten. Das juristisch fortbestehende Deutsche Reich sah er „als kunstvoll mumifizierte Rechtsperson „Gesamtdeutschland“. Der ehemalige Verfassungsrichter Rottmann for-

mulierte: „die fundamentale Staatszielbestimmung des GG, nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen“, sei „obsolet geworden, obsolet also im Sinne von veraltet, gegenstandslos, undurchführbar“.

Der zuweilen als Großhistoriker apostrophierte Geschichtspräsident Hans Mommsen, der sein ganzes wissenschaftliches Leben mit dem Thema von Weimar zu Hitler zugebracht hatte und der gleichen Generation angehört wie Grass und Walter Jens, die stets durch ihren emphatischen, wirklichkeitsresistenten Linksradikalismus aufgefallen sind (und beide begeisterte Jungnazis waren) geißelte 1981 die Kultusministerkonferenz wegen ihres Beschlusses zur „Deutschen Frage im Unterricht“, in welchem von der „deutschen Nation“ die Rede war. Dem gegenüber konstatierte er, den sich seit längerem vollziehenden „Prozess der Bi-Nationalisierung beider Deutschlands“. Auf einem Hambacher Jubiläum 1982 betitelte er sein Referat: „Die Nation ist tot. Es lebe die Region.“ Dies tat er, obwohl ihm die Allensbach-Forscherin Noelle-Neumann mit validen Meinungsforschungsstudien das Gegenteil nachgewiesen hatte.

Und natürlich das linke Spektrum der Politik. Die SPD mit dem dieser Tage zum Staatsmann erhobenen Egon Bahr, der als Journalist in Geheimgesprächen 1972 in Moskau mit sowjetischen Experten den seinerzeit hoch umstrittenen völkerrechtlichen „Ostvertrag“ ausgehandelt hatte. Diese SPD traf sich im Sommer 1989 zu einer Vorstandssitzung in Berlin um darüber zu beraten, ob die Wiedervereinigung als Ziel sozialdemokratischer Politik aus der Satzung gestrichen werden sollte. Man war in dieser Richtung übereingekommen, als sich die Signale verstärkten, dass der Zusammenbruch des imperialen Sowjetsystems auch Auswirkungen auf den SED-Staat haben könnte.

Die Gemeinschaft der Ahistorischen, der Verzagten und der Realitätsverweigerer hatte sich erneut vergaloppiert. Und das prominente Parteimitglied Hans Eichel setzte noch einen drauf. Als sich die Grenze öffnete und die Mauer fiel, ließ der damalige Oberbürgermeister von Kassel, spätere Ministerpräsident und Bundesfinanzminister, Flugblätter drucken mit der Aussage: „Wer jetzt von Wiedervereinigung redet, gefährdet den Weltfrieden.“



Wie also konnte es zur Wiedervereinigung kommen, ein Vorgang, der nach breiter übereinstimmender Sicht der intellektuellen Elite nicht stattfinden können? Die Beantwortung dieser Frage ist deshalb so interessant, weil sie offenkundige Parallelen aufweist zu den Ereignissen dieser Monate, die uns, die wir uns aus Sorge um dieses Land in der AfD zusammengefunden haben, zutiefst beunruhigt und die zunehmend und erwartungsgemäß die Mehrheit der Bevölkerung in große Sorge versetzt. Im Gegensatz zur öffentlich gezeigten Euphorie, zu deren Erzeugung alle Register medialer Manipulation eingesetzt werden, sagt der gesunde Menschenverstand allen, die über einen solchen verfügen, dass dieses Land von der herrschenden politischen Oligarchie in eine Katastrophe geführt wird.

Solche naheliegenden Sichtweisen, auf die sogleich noch einzugehen ist, werden nicht nur ignoriert. Sie werden stigmatisiert und tabuisiert und die Menschen, die sie äußern, werden diskriminiert. Nicht unähnlich war die Situation vor dem Mauerfall. Und dennoch fanden er und die Wiedervereinigung statt. Selbst Helmut Kohl und allemal Dietrich Genscher waren Getriebene - nicht Führende und selbst Antreibende. Zeitzeugen aus der Nähe der Entscheider wissen zu berichten, dass die damals politisch zum Handeln Berufenen in erste Linie der Macht einer breiten Volksbewegung gefolgt sind. Der Souverän, das Volk, hatte die Sache in die Hand genommen, mit Füßen abgestimmt und letztlich seinen Willen durchgesetzt. Dies ist das eigentliche Faszinosum des damaligen Geschehens.

Das sollte uns allen eine Lehre sein. Die politische Oligarchie hat eine andere Wirklichkeitswahrnehmung oder eine andere politische Agenda. Bei Angela Merkel fällt einem ein, dass sie als Tochter eines überzeugten Kommunisten Funktionen in der FDJ innehatte, die Leidenschaft für das System voraussetzen. Sie konnte als Pfarrerstochter problemlos studieren, was den meisten Pfarrerskindern nicht möglich war. Sie hat sicher eine spezielle persönliche Prägung hierdurch erfahren. Ihre Agenda müsste der Amtseid sein, den sie gemäß Art. 56 GG geschworen hat:

„Ich schwöre,
dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen,
seinen Nutzen mehren,
Schaden von ihm wenden,
das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren
und verteidigen,
meine Pflichten gewissenhaft erfüllen
und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Wenn wir in diesem Jahr 1.000.000 Zuwanderer aus zahlreichen Ländern Europas und außerhalb Europas in dieses Land lassen, von denen wir nicht wissen, wer sie sind und was sie wirklich wollen, dann ist dies ein Abenteuer mit unabsehbaren Risiken und einem wahrscheinlich katastrophalen Ende. Es sollen derzeit etwa 600.000 Zuwanderer hier leben, die sich trotz Asylablehnung illegal in Deutschland aufhalten. Dies hat viele Gründe. An der Spitze stehen politisches und administratives Versagen. Beides wird derzeit bis zur Rechtsbeugung betrieben.



Wer einen Asylanspruch in seine Verfassung schreibt, der jedem Menschen auf diesem Erdball ein einklagbares Recht verleiht, dort im Bedarfsfall aufgenommen zu werden, der hat jeden Kontakt zur Wirklichkeit verloren. Wer sich so mit seiner eigenen Wohnung verhält, weiß, dass er, wenn die Umstände danach sind, binnen Minuten das Versprechen aufheben muss. Derzeit gibt es nach zuverlässigen Schätzungen ca. 40.000.000 echte Flüchtlinge, die persönlichen Verfolgungen ausgesetzt sind, die hochwahrscheinlich ein Asylrecht begründen. Die Bundesregierung rechnet selbst mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen aus Afrika und Asien, sofern der von ihr angenommene Klimawandel nicht gestoppt wird. Da dies nach ihren eigenen Denkmustern nicht geschehen wird, steht dieses Menetekel ins Haus.

Darin sind nicht enthalten die 400 Millionen „Armutsfüchtlinge“ die nach einer Gallup-Untersuchung von 2009 aus der Subsahara nach Europa strömen werden. Allein die derzeit in Rede stehenden 1.000.000 werden sich über Familiennachzug verdrei- bis vervierfachen. Dies gilt für jeden nicht Abgeschobenen trotz Ablehnung. Für den Anerkannten gilt dies ohnehin. Da jedoch pro Jahr bisher nur 10.000 illegal Anwesende abgeschoben werden und eine Änderung nicht in Sicht ist, wird sich die Zahl von 4 bis 5 Millionen Einwanderern schon jetzt zwangsläufig ergeben. Dies unterstellt jedoch, dass nicht im nächsten Jahr ebenfalls 1.000.000 neue Immigranten auf den Plan treten mit den gleichen Folgen. Dies wird jedoch der Fall sein. Vielleicht werden es auch 2 Millionen sein. Wenn man den Verstand nicht verlieren will, muss man hier abrechnen. Aufgabe der hochbezahlten politischen Oligarchie ist es jedoch, solche Probleme vorherzusehen und zu lösen.

„**Wir schaffen das schon**“, sagt die Bundeskanzlerin. Sie meint die Durchführung der Verfahren, die Unterbringung, die Ernährung und die Krankenversorgung (pro Monat ca. 2.000 Euro pro Person, bei unbegleiteten Jugendlichen das Vierfache). Sie redet von „Integration“. Was immer das meint bei kulturellen Differenzen, bei Analphabetismus, bei Krankheit, bei Kriminalität, bei Terrorismus. Wenn man nur an die Arbeitsintegration denkt, dann spricht der „Demografiebericht“ der Bundesregierung alles deutlich aus. Ziel der Zuwanderungspolitik sei, so schreibt der Bericht von 2011, „die Steuerung des Zuzugs von Ausländern... unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Interessen.“ „Für nicht- und geringqualifizierte Drittstaatsangehörige... ist der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt grundsätzlich ausgeschlossen.“ (S. 81)

Schon die Lage der bereits seit langem hier lebenden Migranten, solche mit deutscher Staatsangehörigkeit eingeschlossen, ist deprimierend. 42 % der Angehörigen dieser Personengruppe haben keinen beruflichen Abschluss gegenüber 18 % der Deutschen. Sie haben auch zu über 13 % keinerlei Schulabschluss gegenüber 1,6 % der Deutschen. Von den ausländischen Erwerbslosen haben ca. 60 % keine abgeschlossene Ausbildung. Dies alles bei dem hiesigen Bildungsangebot neben Schule wie Alphabetisierungskurse, Jugendintegrationskurse für solche, die einen besonderen sprachpädagogischen Förderbedarf haben, Eltern- und Frauenintegrationskurse usw. Schon 2011 sind 900.000 Einwohner identifiziert worden, die Anspruch auf solche Hilfen haben. (Leider gibt es nirgendwo eine nachvollziehbare Aufstellung über solche Integrationskosten und ihre Wirksamkeit.)

Wenn dieses Land für eine einigermaßen gedeihliche Zukunft von diesen Menschen abhängig ist, dann wird es eine solche Zukunft nicht haben. Eine geringere Einwohnerzahl mit Leistungsbereiten, gut Ausgebildeten, sozial engagierten und kulturell mit einander Verbundenen, die sowohl eine längere Jahresarbeitszeit als auch eine längere Lebensarbeitszeit in Kauf nehmen, wird eher in die Lage sein, diesem Land eine Zukunft zu geben als eine größere Einwohnerzahl, welche von all' dem nichts vermag oder es nicht einmal will. **Aus Berlin kann man leicht Bagdad machen, nicht aber aus Bagdad Berlin.** Wenn die Berliner nach Bagdad wollten, dann würden sie dorthin ziehen. Sie ziehen aber nicht und das ist ihr gutes Recht.

Alle diese Fragen auf die Millionen von Einwanderern zu projizieren, die derzeit in Rede und ins Haus stehen und sich zusammensetzen von mutmaßlich wenigen echt Verfolgten bis zu Analphabeten, Kriminellen und Djihadisten, führt zur einfachen und eindeutigen Erkenntnis:

Die Behauptung der Bundeskanzlerin „**Wir „schaffen das!“**“, ist eine Absurdität, die ihresgleichen nicht findet, es sei denn, man denkt an ähnliche Aussprüche der Kanzlerin zum Euro als Wohlstandsbringer, zum Ausschluss der Schuldenhaftung für fremde Staaten, zum vorübergehenden Charakter des ESFS, zum Erfolg des Stabilitäts- und Wachstumspakts, zur Energiewende, zum Friedens- und Freundschaftscharakter aller EU-Staaten, zur Stärke der EU in der Welt, zur Beherrschung der Klimakatastrophe und zum Mann im Mond. Die Kanzlerin und ihr Gefolge, das Kabinett, die Opposition und das Fassadenparlament insgesamt leben in einer anderen Welt als wir, die Bürger

dieses Landes. Eine Verständigung, selbst über einfachste Zusammenhänge lebenswichtiger Fragen aller Bürger und des allgemeinen öffentlichen Wohls, scheint nicht mehr möglich. Es gibt nur einen Weg:

Wir müssen die Rollen tauschen: Die politische Oligarchie geht in die Produktion! Das Volk wählt, am besten mit einem neuen AfD-Wahlrecht, eine demokratisch funktionierende Regierung und über Grundfragen des Schicksals dieses Landes wie die Währung, die Volkssouveränität, die Gebietshoheit, die Staatsbürgerschaft, die Immigration, bedeutende völkerrechtliche Verträge, neue Schuldenaufnahme ab einer gewissen Höhe wird direkt durch Volksabstimmung entschieden.

Frau Merkel kommt zu Siemens in die Forschungsabteilung zur Entwicklung von Atomkraftwerken der 4. Generation, Herr Gabriel kommt in die Schule und unterrichtet wieder das Pack in seiner Heimat, Frau von der Leyen wird Kindergärtnerin bei der Bundeswehr und Herr De Maizière Bundespolizist an der Grenze. Dann hat dieses Land vielleicht noch eine Chance. Es muss jedoch bald geschehen. Deshalb sollten wir zügige Neuwahlen verlangen. Wenn wir dieses Sanierungsprogramm für Deutschland heute beschließen, dann hat sich unsere Zusammenkunft gelohnt.

*Alternative für Deutschland
Die Realisten*

Albrecht Glaser, im September 2015